

II. FORSCHUNGEN

Torsten Kupfer

Die organisatorische Entwicklung der Sozialdemokratie in Preußen nach dem Sozialistengesetz 1889-1898

In der Geschichtsschreibung über die deutsche Arbeiterbewegung sind organisationsgeschichtliche Aspekte auf gesamtnationaler Ebene bisher eher stiefmütterlich behandelt worden. So nimmt es auch nicht Wunder, daß nach Jahrzehnten intensiver Forschung in der Bundesrepublik und in der DDR für die Sozialdemokratie im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts noch keine umfassende Darstellung über die Entwicklung der Mitgliederzahlen, innerparteilichen Strukturen, über das Sozialprofil der Mitgliedschaft, über ihre regionale Verteilung und über die Wirkungen von Repression und nichtsozialdemokratischer Arbeiterbewegung auf die Sozialdemokratie existiert.¹ Das ist um so erstaunlicher, als mit der polizeilichen Berichterstattung über die Tätigkeit der Sozialdemokratie eine vorzügliche Quelle vorliegt, die sich sowohl für vergleichende Untersuchungen als auch für eine flächendeckende Darstellung eignet.

¹ „Der regional sehr unterschiedlich verlaufende Prozeß der Ausbreitung von Mitgliedschaft und Wählerschaft der Sozialdemokratie ist noch kaum untersucht und die ihn fördernden oder hemmenden Bedingungen sind ebenso wie die soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft und Wähler der Partei noch wenig analysiert worden. Das hängt mit der Dürftigkeit des vorhandenen Datenmaterials, aber auch mit schwierigen methodischen Problemen seiner Auswertung zusammen. ... Für die Zeit der Verfolgung der Partei während des Sozialistengesetzes haben wir keine und danach für die Jahre bis 1906 nur verstreute Angaben über die Mitgliedschaft einzelner lokaler und regionaler Organisationen.“ Gerhard A. Ritter, Die Sozialdemokratie im Deutschen Kaiserreich in sozialgeschichtlicher Perspektive, in: *Historische Zeitschrift* 249 (1989), S.320f.

Zur Zeit stehen der Forschung regional aufgeschlüsselte Organisationsdaten der SPD erst ab 1906 (für Sachsen ab 1901, für die Freien Gewerkschaften ab 1896) zur Verfügung. Vgl. Dieter Fricke, *Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1917*, Bd. 1, Berlin 1987, S. 305, 312-315; Bd.2, S.910-992; Paul Hirschfeld, *Die Freien Gewerkschaften in Deutschland. Ihre Verbreitung und Entwicklung 1896-1906*, Jena 1908; W[alter] Troeltsch, P[aul] Hirschfeld, *Die deutschen Sozialdemokratischen Gewerkschaften 1896-1903*, Berlin 1907; vgl. auch Klaus Schönhoven, *Die regionale Ausbreitung der deutschen Gewerkschaften im Kaiserreich 1890-1918*, in: Gerhard A. Ritter (Hg.), *Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung. Sozialdemokratie und Gewerkschaften im Parteiensystem und Sozialmilieu des Kaiserreiches*, München 1990, S.345-378.

Auch die Sozialstruktur der Mitgliedschaft ist nur wenig untersucht. Vgl. v.a. Saldern, Adelheid v., *Wering in die SPD? Zur Analyse der Parteimitgliedschaft in wilhelminischer Zeit*, in: Ritter, *Aufstieg*, S.161-183; Jochen Loreck, *Wie man früher Sozialdemokrat wurde. Das Kommunikationsverhalten in der deutschen Arbeiterbewegung und die Konzeption der sozialistischen Parteipublizistik durch August Bebel*, Bonn-Bad Godesberg 1977.

Mit dem Erlaß des Sozialistengesetzes im Jahre 1878 war den preußischen Regierungspräsidenten eine halbjährliche Berichterstattung an das preußische Innenministerium über die Tätigkeit der verbotenen Sozialdemokratie in ihrem Regierungsbezirk auferlegt worden. Die eingehenden Berichte gelangten keinem größeren Personenkreis zur Kenntnis, sondern wurden in der Hauptsache zur Erarbeitung von halbjährlichen Berichten über die Betätigung der Sozialdemokratie in ganz Deutschland durch das Berliner Polizeipräsidium genutzt. An dieser Praxis gab es bis 1890 keine Modifizierung. Mit dem Auslaufen des Sozialistengesetzes im Jahre 1890 wurde die Berichterstattung der Regierungspräsidenten nicht abgesetzt. Bis 1899 wurden durch die Regierungspräsidenten weiterhin Halbjahresberichte und von 1900 bis 1913 Jahresberichte ausgefertigt. Mit Kriegsbeginn 1914 wurde die Berichtstätigkeit über die Sozialdemokratie suspendiert. Weiterhin gab es seit 1893 eine turnusmäßige Berichterstattung über die anarchistische Bewegung sowie Berichterstattungen auf Verlangen zu besonderen Anlässen.

Bei den o.g. Berichten handelt es sich insofern um eine erstrangige Quelle, als die SPD - mehr noch als die Freien Gewerkschaften - unmittelbar nach dem Sozialistengesetz noch keine qualifizierte Statistik und Berichterstattung aufzuweisen hatte. In Verbindung mit den inzwischen in kaum noch überschaubarer Zahl existierenden regional- und lokalgeschichtlichen Publikationen besteht eine sehr gute Quellenlage für eine organisationsstatistische Untersuchung der preußischen Sozialdemokratie. Besonders für vergleichende und Überblicksforschungen ergibt sich hier eine mittels dieser Quelle staatlicher Provenienz zu schließende Lücke. Gleichzeitig kann zur Verringerung des Aufwandes dieser Forschungen entscheidend beigetragen werden.

Die für ganz Preußen im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin und im Brandenburgischen Landeshauptarchiv Potsdam befindliche Berichterstattung,² deren Hauptblickrichtung die Agitation und die Organisationsentwicklung der SPD bildet, sind in Umfang (zwischen drei und ca. 50 Seiten) und Inhalt nicht einheitlich. Den Hauptteil der Halbjahresberichte bildet eine Einschätzung, für die ein Raster vorgegeben, aber nicht in jedem Falle eingehalten wurde. Neben dieser Einschätzung sind in der Regel als Anlagen und nach Gutdünken des jeweiligen Berichterstatters enthalten:

- Vereinsverzeichnisse einschließlich Angaben über Mitgliederzahlen,
- Statuten von Arbeitervereinen und Gewerkschaften,
- Mitgliederverzeichnisse von Arbeitervereinen und Gewerkschaften,

² Im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin existiert eine Sammlung der Halbjahresberichte der Jahre 1878 bis 1895 (mit Ausnahme der von der Berichterstattung befreiten Regierungsbezirke und Berlin) sowie einige ergänzende Materialien. Im Brandenburgischen Landeshauptarchiv Potsdam befinden sich aussagekräftige Bestände über die Berliner Sozialdemokratie, Konспекte der Halbjahresberichte der Regierungspräsidenten der Jahre ab 1895 sowie ergänzende Materialsammlungen zu preußischen und außerpreußischen Gebieten.

- Listen von aktiven Sozialdemokraten (einschließlich Beruf, Geburtsdatum etc.),
- Übersichten über den Bezug von Presseerzeugnissen im Territorium,
- Mitschriften der Versammlungsüberwachung,
- Verzeichnisse über die Versammlungstätigkeit im Regierungsbezirk einschließlich der jeweiligen Teilnehmerzahl,
- Berichte der Polizeipräsidenten, Landräte etc.,
- ausgewählte Zeitungsartikel v.a. der sozialdemokratischen Presse,
- beschlagnahmte Schriften oder Flugblätter,
- Berichte bzw. Protokolle von Provinzparteitag der SPD,
- Gerichtsurteile,
- Wahlergebnisse der Reichstagswahlen,
- Aufstellungen über Sozialeinrichtungen von Unternehmen und Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie auf regionaler/lokaler Ebene.

Problematisch ist zweierlei: Erstens handelt es sich um Informationen der Gegenseite, des Repressionsapparates. Das ist hinzunehmen (aber nicht unbeachtet zu lassen!), da aus der Arbeiterbewegung heraus für diesen Zeitraum keine flächendeckenden und vergleichbaren Quellen hinterlassen worden sind. Zweitens handelt es sich bei den Halbjahresberichten in der Informationskette schon um Resultate der dritten administrativen Ebene (örtlicher Polizeibeamter - Landrat - Regierungspräsident). Innerhalb dieser 'auf dem Dienstweg' vorgenommenen Informationsverdichtung tritt naturgemäß auch ein Informationsverlust auf.³ Doch nur diese zeitgenössisch vorgenommene Verdichtung erlaubt eine Bearbeitung der Quellen und damit des Themas überhaupt. Schon eine Bearbeitung aller auf der Landratsebene entstandenen Berichte - für regionale Untersuchungen noch unerlässlich - würde hier einen nicht mehr zu bewältigenden Arbeitsaufwand nach sich ziehen.

Die herangezogenen Quellen bieten nur in Teilen einen statistischen Nachweis über die Mitgliederentwicklung der preußischen Sozialdemokratie im Untersuchungszeitraum. Doch die in jedem Falle getroffenen verbalen Einschätzungen der Überwachungsbehörden bieten eine gute Grundlage für fundierte Schätzungen, die die Fehlstellen neben den vorhandenen exakten Angaben abdecken und in Verbindung mit der zahlreich vorhandenen Sekundärliteratur (nicht zuletzt auch der in größerer Dichte vorhandenen außerpreußischen) für eine weitere Verdichtung sorgen können.

Die umfangreiche statistische Auswertung der in den Archiven gewonnenen Daten hat zum gegenwärtigen Zeitpunkt erst begonnen. Es kristallisieren sich jedoch bereits folgende Ergebnisse heraus:

³ Nebenher ergibt sich das Paradoxon, daß mitunter aus Diaspora-Gebieten seitens der Regierungspräsidenten detaillierter berichtet wurde als aus sozialdemokratischen Hochburgen.

1. Erstmals wird es möglich sein, umfassende Angaben über die allgemeine und regionale Organisationsentwicklung der Sozialdemokratie unmittelbar nach dem Fall des Sozialistengesetzes zu machen. Aus den Berichten der preußischen Regierungspräsidenten konnten entweder konkrete Zahlenangaben über die Mitgliedschaft der lokalen sozialdemokratischen Vereine oder aber Verbalbeurteilungen gewonnen werden, die eine fundierte Schätzung des regionalen Organisationspotentials erlauben.
2. Das Jahr fünf nach 1890 ist in der Organisationsentwicklung der Sozialdemokratie keinesfalls als rascher, stetiger Aufschwung, sondern als ein Abschnitt „konsolidierender Stagnation“, außerhalb der Zentren teilweise auch als erneute Inkubationsphase, zu bewerten. Die Mitgliederzahl konnte erst in der zweiten Hälfte der 1890er Jahre stetig erhöht werden. Dem für politische Vereine geltenden Verbindungsverbot geschuldet, unterlag die Sozialdemokratie bis Ende des Jahrhunderts einer relativ großen Dezentralisation.
3. Nach wie vor war in den 1890er Jahren die regionale Verteilung der Mitgliedschaft ungleich: Die Sozialdemokratie konzentrierte sich in den protestantischen Industriegebieten Nord- und Mitteldeutschlands.
4. Die Expansion der Sozialdemokratie in den 1890er Jahren vollzog sich eindeutig über Anstöße aus den regionalen Zentren der Bewegung.
5. Wählerstärke und Organisationsstärke der Sozialdemokratie mußten im Untersuchungszeitraum nicht notwendig miteinander verknüpft sein.
6. Seit Beginn der 1890er Jahre vollzog sich auf sehr konflikthaftem Wege die Verschiebung des Mitgliederschwerpunktes der Sozialdemokratie von einer durch Handwerker-Arbeiter geprägten Partei zu einer Industriearbeiter-Partei. Angehörige der „Arbeiteraristokratie“ wurden deutlich zeitverzögert organisiert. Gleichzeitig kam es auf dem Wege der Expansion der sozialdemokratischen Vereine zu einer deutlichen Verringerung des Durchschnittsalters der aktiven Sozialdemokraten.
7. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann noch keine Aussage darüber getroffen werden, ob Parteigebiete, die im Umfeld von Erstem Weltkrieg und Novemberrevolution „gemäßigt“ oder „radikal“ auftraten, schon nach 1890 diese Richtung evtl. kennzeichnende Besonderheiten aufzuweisen hatten. Auch die Wirkung der politischen und ökonomischen Repression bedarf - über die lapidare Feststellung hinaus, daß sie auf die Organisationskonstituierung verlangsamernd wirkte - weiterer Untersuchung.
8. Die Repression der bürgerlichen Gesellschaft insgesamt verhinderte und erschwerte eine schnelle Ausdehnung der Sozialdemokratie in Diaspora-Gebieten.
9. Konfessionell und liberal orientierte Arbeiterorganisationen besetzten oftmals vor der Sozialdemokratie Positionen in der Arbeiterschaft und hinderten diese somit (zeitweilig) an der Ausbreitung.

1. Die Entwicklung der Mitgliederzahlen

Das Problem bei der Bestimmung der Mitgliederzahl der Sozialdemokratischen Partei im Untersuchungszeitraum besteht darin, daß es Parteimitglieder im eigentlichen Sinne überhaupt nicht gab. Das Parteistatut von 1890 erklärte jeden zum Sozialdemokraten, der sich dafür hielt und der die Partei auch materiell unterstützte. Ihre Ursache hat diese ungenaue Festlegung im geltenden Vereinsrecht, das in den meisten deutschen Staaten das In-Verbindung-Treten von politischen Vereinen verbot. Für analytische Zwecke ist die Bestimmung des Parteistatuts nicht brauchbar. Es muß also ein Parteimitglied „definiert“, eine bestimmte Personengruppe nachträglich zu Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei erklärt werden. Nahezu flächendeckend bestanden zu Beginn der 1890er Jahre in Deutschland Arbeitervereine, die die Funktion von Parteivereinen wahrnahmen. In größerer Zahl waren sie seit 1889/90 entstanden, damals zumeist unter dem Namen „Verein zur Erzielung volkstümlicher Wahlen“; in späteren Jahren nahmen sie oder ihre Nachfolger schon im Namen stärker Bezug auf die Partei, meist als „Sozialdemokratischer Wahlverein“ oder „Sozialdemokratischer Arbeiterverein“. Die Mitglieder dieser Vereine werden hiermit post festum zu Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei erklärt (was übrigens auch der staatliche Repressionsapparat nicht anders handhabte).⁴

Was nun die Entwicklung der Mitgliederzahl der Sozialdemokratie angeht, so erwarteten sowohl die Partei selbst als auch ihre Gegner mit dem Auslaufen des Sozialistengesetzes einen nachhaltigen bis stürmischen Aufschwung der Bewegung. Angesichts der Tatsache, daß der Anteil der sozialdemokratischen Wähler bei den Reichstagswahlen kontinuierlich stieg (er erreichte 1887 10%, 1890 20%, 1893 23%, 1898 27% und 1903 32% der gültigen Stimmen),⁵ hat auch die Forschung der Annahme der kontinuierlichen Organisationsentwicklung bisher nicht widersprochen.

Tatsächlich jedoch lagen um 1895 die Verhältnisse an vielen Orten eher wie hier von einer bürgerlichen Zeitung für Schöneberg bei Berlin beschrieben: „Arbeiter aller Kategorien bilden den Stamm der dortigen Bevölkerung; Bauarbeiter, die man ständig als die ‘Pioniere der Arbeiterbewegung’ gefeiert hat, sind dort in einer Zahl vorhanden, wie sie kein anderer Vorort auch nur annähernd aufweist. [...] Das Gewerkschaftskartell in Schöneberg ist wegen mangelnder Beteiligung aufgelöst, der Arbeiterbildungsverein, die einzige politische Organisation an einem Orte von 64000 Seelen, hat es mit Ach und Krach auf einige Hundert Mitglieder gebracht, von denen ein Theil in den Listen ‘mitgeschleppt’ wird, und die große Masse der Schöneberger Arbeiter, vor Allem die der Bauberufe, steht der Sozialdemokratie kühl gegenüber. Es ist bezeichnend, daß die Schöneberger Genossen sich gewöhnlich mit

⁴ Aktive Sozialdemokraten unterhalb der ‘Vereinsschwelle’ werden somit nicht erfaßt, was v.a. damit zusammenhängt, daß sie meist erst mit der Gründung eines Vereins aktenkundig werden.

⁵ Vgl. Gerhard A. Ritter (Hrsg.), *Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871-1918*, München 1980, S.40f.

einem Lokal begnügen müssen, das kaum fünfzig Personen faßt. Die großen Säle bleiben ihnen verschlossen, weil die Tausende von Schöneberger Arbeitern sich, wie in den Versammlungen stets geklagt wird, an die Beschlüsse hinsichtlich der Lokalfrage nicht kehren. In Schöneberg speziell hat die Agitation der Genossen während des [Bier-]Boykotts einen großen Theil der Arbeiter der Partei für immer entfremdet.“⁶

Es ist davon auszugehen, daß die Mitgliederentwicklung der Sozialdemokratie ähnlich verlief wie die Mitgliederentwicklung der Verbände der Freien Gewerkschaften. Dort konnte der deutliche Mitgliedereinbruch nach 1890⁷ erst 1896 wieder ausgeglichen werden. Von Klaus Schönhoven und anderen wird in diesem Zusammenhang auf die zu dieser Zeit herrschende Rezession als verursachend hingewiesen.⁸ Sicherlich hat diese auch für den Mitgliederrückgang der Sozialdemokratie eine Rolle gespielt, doch dürfte der Verfolgung durch Polizei und Arbeitgeber und die bürgerliche Gesellschaft insgesamt, den inneren Streitigkeiten und der Unerfahrenheit von Mitgliedschaft und Funktionären, der Abwanderung von Parteikämpfern (in erster Linie im Resultat verlorener Arbeitskämpfe), insgesamt der ungesicherten Organisation, ein höherer Stellenwert beizumessen sein.⁹ Zwischen dem Beginn der agitatorischen ‚Bearbeitung‘, sei es durch Gewerkschaften oder durch die Sozialdemokratie selbst (wenn in den Orten nicht eine Identität der betreffenden Personen bestand) und

⁶ Die Post, 23.12.1895, zitiert nach: Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam (im folgenden: BLHAP), Rep. 30, Berlin C, Nr.13211, Bl. 330.

⁷ Vgl. exemplarisch regional auch Correspondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands 5 (1895), Nr. 22, S.102: dramatische Mitgliederverluste in fast allen Hamburger Gewerkschaften 1891-1894 (insgesamt von 23.287 auf 11.021 Mitglieder); Geschichte der Sozialdemokratie im Raume Wurzen-Grimma-Oschatz. Ein Beitrag zur sozialdemokratischen Regionalgeschichte, Leipzig 1993, S.15: „schwere Krise“ von Sozialdemokratie und Freien Gewerkschaften in Wurzen Mitte der 90er Jahre.

⁸ Vgl. Klaus Schönhoven, Die Freien Gewerkschaften zwischen Reichsgründung und Weltkrieg: Organisationsentwicklung, Strukturprobleme und Programmatik, in: Erich Matthias, Klaus Schönhoven, Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 1984, S.41f. Leicht relativiert in: Ders., Expansion und Konzentration. Studien zur Entwicklung der Freien Gewerkschaften im Wilhelminischen Deutschland 1890 bis 1914, Stuttgart 1980, S.106.

⁹ Auch zu späteren Zeiten kann - relativ unabhängig von Konjunkturzyklen - die Beobachtung gemacht werden, daß nach der Gründung eines Vereins und dem damit verbundenen Eintritt einer relativ hohen Zahl von Mitgliedern eine Zeit des Mitgliederrückgangs folgte. Als Beispiel sei hier das bayrische Bezirksamt Rehau angeführt: „Wenn auch das sozialdemokratische Vereinswesen [ab 1900] in größeren Orten aufzublühen begann ..., blieb das parteipolitische Engagement dahinter zurück. In den ersten Jahren nach der [ab 1899 erfolgten] Gründung stagnierten die Mitgliederzahlen der Ortsvereine; und Klagen über abgeflauten Eifer, über mangelnde Beteiligung an Parteiversammlungen und über die vakanten Posten der Ortsvereinsvorsitzenden wegen der Angst vor nachteiligen Folgen häuften sich.“ Albrecht Bald, Porzellanarbeiterschaft und punktuelle Industrialisierung in Nordostoberfranken. Der Aufstieg der Arbeiterbewegung und die Ausbreitung des Nationalsozialismus im Bezirksamt Rehau und in der Stadt Selb 1895-1936, Bayreuth 1991, S.67f.

Dazu kommt für die Gewerkschaften, daß die Umstellung von Lokal- auf Zentralvereine örtlich schon deswegen mit Mitgliederverlust verbunden war, weil mit diesem Akt auf einen Schlag auch alle „Karteileichen“ ausgeschieden wurden. Gleichfalls hat der Mitgliederabschwung zu einem Teil auch seine Ursache darin, daß die christlichen (v.a. die katholischen) Arbeiter die sich jetzt als sozialdemokratisch und religionsfeindlich darstellenden Verbände wieder verließen. Leider ist dies quantitativ nicht zu beziffern, jedoch bei den Bergarbeitern in Rheinland-Westfalen wohl am stärksten ausgeprägt.

der Gründung/Verfestigung einer Parteimitgliedschaft konnten unter Umständen einige Jahre liegen.

Weithin ist nach 1890 eine starke Ernüchterung angesichts des „Parteialltags“ zu beobachten; der Versammlungsbesuch ging in ganz Deutschland stark zurück, und allenfalls bei Beteiligung auswärtiger Redner - vorzugsweise Reichstagsabgeordneter - und zu Gewerkschaftsfesten und ähnlichen „Lustbarkeiten“ konnte noch eine Massenbeteiligung - in den Zentren der Bewegung regelmäßig mehrere tausend Teilnehmer - erzielt werden.

Durch die Berichte der Regierungspräsidenten aller preußischen Territorien zieht sich die Dokumentierung des Mitgliederrückgangs der sozialdemokratischen Vereine nach 1890. Im allgemeinen wurden die Mitgliederzahlen des Jahres 1890 erst 1895/96 wieder erreicht. Eine Ausnahme bildet hier die Hauptstadt Berlin, wo, wie wohl auch in einigen außerpreußischen Zentren der Sozialdemokratie, die Mitgliederzahl ohne diesen Einbruch kontinuierlich stieg. In Berlin kann für den Zeitraum 1890-95 von einer Verdreifachung der Mitgliederzahl ausgegangen werden. Doch durch das Verbot der sozialdemokratischen Wahlvereine in Berlin im Jahre 1895 und die nachfolgende Reorganisation konnte die Berliner Sozialdemokratie im September 1896 erst wieder auf 4.200 Mitglieder verweisen gegenüber 13.449 Mitgliedern am 01.10.1894.¹⁰

Die Mitgliederzahl der Sozialdemokratie wird - nach den bis jetzt vorliegenden Angaben - im Jahr 1895 gegenüber dem Jahr 1875 auf Reichsebene um den Faktor 3-4 gestiegen sein (Spitzenreiter hier wieder Berlin mit knapp dem Sechsfachen, gegenüber der Parteitagsvertretung 1875).¹¹ In absoluten Zahlen angegeben wären dies im Reich zwischen 75.000 und 100.000 Parteimitglieder gegenüber 25.000 im Jahre 1875 und 384.000 im Jahre 1906.¹² Bis zum Jahre 1906 würde sich die Mitgliederzahl also nochmals um den Faktor 3-4 erhöhen. Der Anteil an der Reichsbevölkerung erhöhte sich von 0,6 Promille im Jahre 1875 über 1,4 bis 1,9 Promille im Jahre 1895 auf 6,2 Promille im Jahre 1906. Da von 1906 bis zum Kriegsausbruch 1914 eine weitere Verdreifachung der absoluten Mitgliederzahl erfolgte, müssen die Jahre 1895/96 als der Anfangspunkt der (auf Reichsebene betrachtet) relativ kontinuierlichen Mitgliederentwicklung der SPD angesehen werden.

Die Labilität der politischen Vereine der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in den ersten Jahren nach dem Sozialistengesetz sollte jedoch nicht den Blick für eine weitaus

¹⁰ Vgl. BLHAP, Rep.30, Berlin C, Nr.13112, Bl.240f.

¹¹ 1896 allerdings - verfolgungsbedingt - nur noch knapp das Doppelte gegenüber 1875. Doch muß hier auch berücksichtigt werden, daß infolge der Neugründung der Vereine sämtliche der über Jahre mitgeschleppten 'Karteileichen' in Fortfall kamen.

¹² Vgl. Hartmut Zwahr, Die deutsche Arbeiterbewegung im Länder- und Territorienvergleich 1875, in: Geschichte und Gesellschaft 13 (1987), Heft 4, passim; Fricke, Handbuch, Bd. 1, S.308. Fricke, ebda. S. 305, schätzt für 1890 75.000 Mitglieder; die „Neuesten Mitteilungen“ (Berlin) vom 20.10. 1893 schätzten die Mitgliederzahl der SPD anhand der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung auf 50.000 bis 100.000. Vgl. BLHAP, Rep. 30, Berlin C, Nr. 14951, Bl.108.

wichtigere Entwicklung verstellen: die Konstituierung des proletarischen Milieus in Form der Freizeitvereine. Es kam zu einer regelrechten Gründungswelle von Gesangsvereinen, Vergnügungs- und Geselligkeitsvereinen, Rauchklubs, in geringerem Maße auch von Sportvereinen. Diese Freizeitvereine erfreuten sich im Gegensatz zu den politischen Vereinen eines stetigen Mitgliederaufschwungs und wurden daher von letzteren stark angefeindet, weil sie mit ihrer Existenz über den Abzug von befähigten Genossen die Schlagkraft der politischen Bewegung schwächen würden.

Die um 1890 erneut gegründeten Parteizeitungen, die sich fast ausnahmslos im Besitz von lokalen oder regionalen Parteiführern befanden, bedurften noch lange der finanziellen Unterstützung durch den Parteivorstand. Immerhin werden jedoch für 1890 60 Parteizeitungen angegeben, gegenüber 42 im Jahre 1878. Gegenüber einer Auflage von 150.000 Stück im Jahre 1878 wurden 1890 250.000 Abonnenten registriert. Dazu kommen noch drei Unterhaltungs- und Witzblätter mit zusammen 120.000 Abonnenten.¹³ Mehr als das Dreifache der Zahl der Parteimitglieder wurde also über die Presse erreicht.

2. Die regionale Verteilung der Mitglieder

Im Jahre 1875 vereinigten die drei Parteizentren Königreich Sachsen, Schleswig-Holstein/Hamburg/Bremen und Berlin zusammen rund die Hälfte der Parteimitgliedschaft auf sich.¹⁴ Daran änderte sich nach 1890 nur insofern etwas, als das Übergewicht dieser Gebiete - weil sie den oben erwähnten Mitgliedereinbruch nach 1890 nicht oder nur in geringerem Maße durchliefen - zeitweilig noch stieg und erst nach 1895/96 langsam wieder relativiert wurde.

Auf der anderen Seite waren große Gebiete Deutschlands von der Sozialdemokratie noch weitgehend unberührt geblieben, wofür in der Regel eine ländliche oder katholische Prägung verantwortlich zeichnete. So waren bis 1893 wegen 'Unerheblichkeit' folgende preußische Regierungsbezirke von der Berichterstattung über die Sozialdemokratie ausgenommen: Gumbinnen (Provinz Ostpreußen), Cöslin, Stralsund (beide Provinz Pommern), Bromberg (Provinz Posen), Aurich (Provinz Hannover), Münster (Provinz Westfalen) und Sigmaringen (gesonderter Regierungsbezirk).

Die Wahlergebnisse dürften hier keinen hinreichenden Bezug zur Ermittlung der regionalen Mitgliederstärke abgeben; die Relation Mitglieder-Wähler schwankte sehr stark, so daß neben relativ guten Wahlergebnissen durchaus eine unterentwickelte Organisation stehen konnte. Der Umkehrschluß gilt hier allerdings nicht: dort, wo eine regional starke Organisation bestand, gab es auch sehr gute Wahlergebnisse.

¹³ Vgl. Gerhard Eisfeld/Kurt Koszyk, Die Presse der deutschen Sozialdemokratie. Eine Bibliographie, Bonn 1980, S.14, 16.

¹⁴ 18%, 23%, 9%.

Das Schema der Konstituierung von Sozialdemokratie in bisher von ihr unberührten Orten stellt sich folgendermaßen dar:

- a) Von auswärtigen Agitatoren wird eine öffentliche Versammlung für die stärkste Arbeitergruppe am Orte anberaumt; auf dieser wird ein Fachverein oder eine Verwaltungs-/Zahlstelle eines Zentralverbandes gegründet.
- b) Nach anfänglichem Mitgliederzuwachs kümmert diese vor sich hin.
- c) Weitere „Bearbeitungen“ mit auswärtiger Hilfe halten sie am Leben und führen zur Bildung weiterer Fachvereine bzw. Zahlstellen. Beschleunigend kann der Zuzug anderswo erprobter Genossen wirken.
- d) Mit der Stabilisierung der Gewerkschaftsbewegung kommt es auch zur Gründung eines Parteivereins und von Kulturvereinen.
- e) Es setzt eine weitere Diversifizierung und Verflechtung über weitere Gründungen und die Konzentration der Funktionen auf wenige Personen ein.

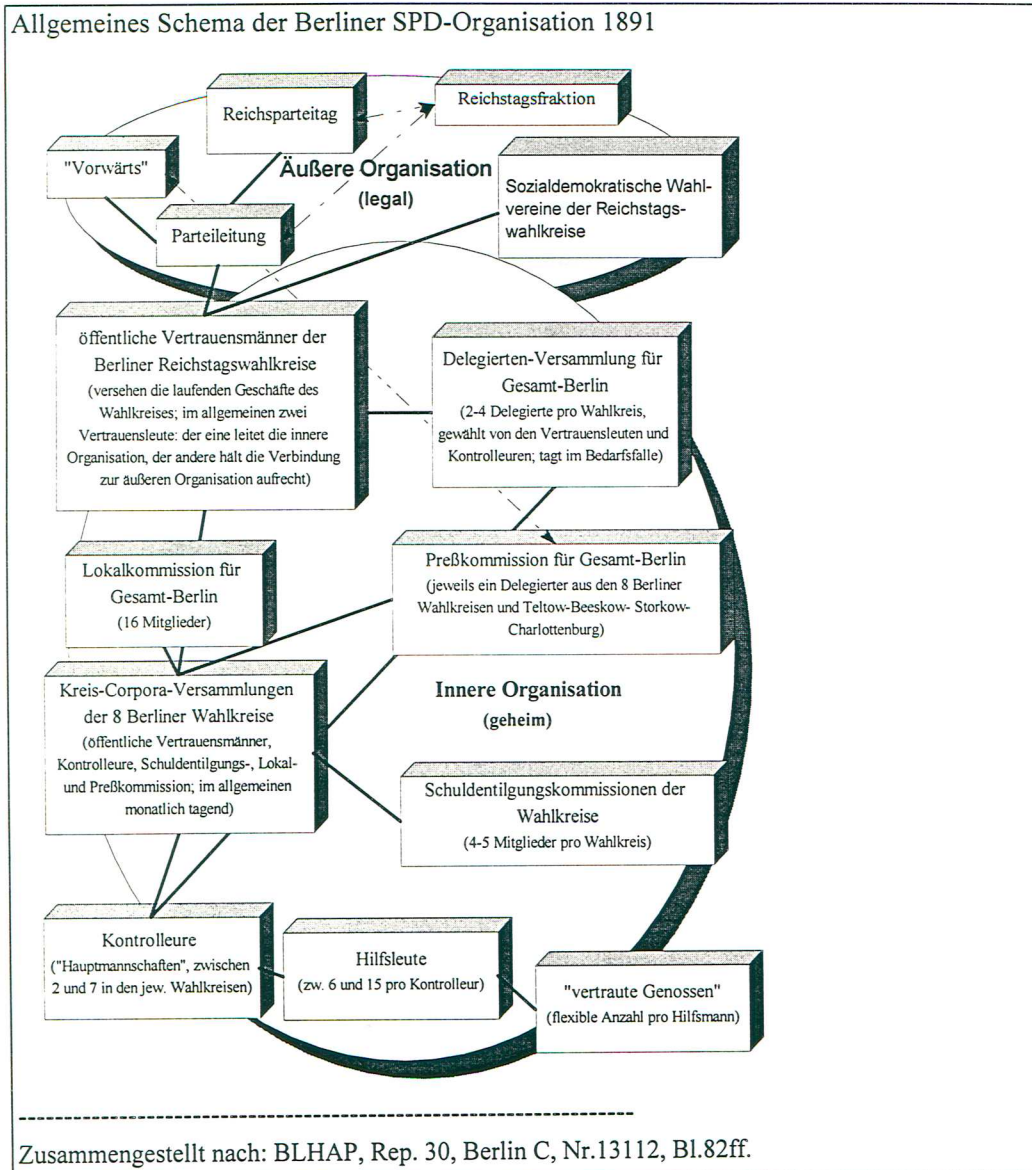
Natürlich ist das eine idealisierte Darstellung, die es so in der Realität nicht gegeben hat. Vielmehr kam es auf jeder der dargestellten Stufen sehr oft zu einem vorläufigen Abbruch und späterem Neuanfang. Meistens bedurfte es außerhalb der Hochburgen mehrerer Anläufe, bis eine Organisation dauerhaft etabliert war. Andererseits gibt es auch Orte, in denen sich die Entwicklung ‘überschlagen’ hat.

3. Die innerparteiliche Struktur

Die Basis sozialdemokratischer Organisation nach dem Sozialistengesetz bildete nach wie vor ein Netz von Vertrauensmännern. Mit dieser Konstruktion umging man das in den meisten Ländern bestehende Verbindungsverbot der oben erwähnten - im Sinne des Vereinsgesetzes „politischen“ - Vereine untereinander und schaffte die Möglichkeit, den Parteivorstand über die Verhältnisse der lokalen Parteiorganisationen zu unterrichten. Der örtliche Vertrauensmann der Sozialdemokratie wurde in öffentlicher Versammlung gewählt und war in der Regel Mitglied im bestehenden politischen Verein, aber ohne Funktion, um keine Verbots-Handhabe zu bieten. Tatsächlich war er jedoch der sozialdemokratische Führer am Orte; die Abstimmung mit der Führung des politischen Vereins war freilich illegal. Nach und nach bildeten sich Agitationskomitees für verschiedene Regionen Deutschlands, die es nun ihrerseits übernahmen, die Agitation zu leiten und das Bindeglied zwischen den (inzwischen zahlreichen) lokalen Vertrauensmännern und dem Parteivorstand zu sein.

Neben den örtlichen Vertrauensleuten wurden in der Regel noch je eine Lokal- und Preßkommission gewählt. Auch diese hatten formal keine Verbindung zum bestehenden politischen Verein. Ihre Aufgabe war die schwierige Beschaffung von geeigneten Lokalen zur Abhaltung von öffentlichen sozialdemokratischen Versammlungen (was auch die Planung

und Durchführung von Boykottmaßnahmen gegen Wirte und saalbesitzende Brauereien einschloß)¹⁵ bzw. die inhaltliche Überwachung der anerkannten Parteizeitungen.



Je nach Gesetzes- und Verfolgungslage sowie der regionalen und lokalen Stärke der Sozialdemokratie gab es von diesem Muster deutliche Abweichungen. In Bayern fungierte ab

¹⁵ So druckte z.B. der „Vorwärts“ für Berlin und Umgebung regelmäßig eine von der Lokalkommission herausgegebene Liste aller Lokale ab, die ihre Säle für Versammlungen der Arbeiterorganisationen hergaben und demzufolge von der Arbeiterschaft 'besonders zu berücksichtigen' seien.

1894 die Landtagsfraktion als offizielle Parteileitung für ganz Bayern.¹⁶ In Baden bedurfte es aufgrund des liberalen Vereinsrechts der Vertrauensmänner überhaupt nicht; ihre Existenz ist nur als Reminiszenz auf das Organisationsstatut der Reichs-SPD zu verstehen. In dem sich nach 1890 herausbildenden hierarchischen Organisationsaufbau der badischen Sozialdemokratie von lokalem Parteiverein, Wahlkreisorganisation und Landesorganisation kam ihnen nur noch bei der Gewinnung von Mitgliedern in ländlichen Gebieten Bedeutung zu.¹⁷ Dagegen bestand in Berlin - wie auch in anderen Zentren der Bewegung - eine regelrechte illegale Organisation: die schon aus der Zeit des Sozialistengesetzes bekannte „Corpora“ (auch „Innere Organisation“ genannt, siehe Schema der Berliner SPD-Organisation 1891).¹⁸ Ihren Beschlüssen hatten sich alle Sozialdemokraten zu unterwerfen. Die sozialdemokratischen Wahlvereine dienten lediglich als Basis der Agitation, hatten jedoch keinerlei Entscheidungskompetenzen. Auch besaßen die in den Wahlvereinen organisierten Sozialdemokraten nur durch die öffentliche Wahl der Vertrauensleute einen bedingten Einfluß auf die von den geheimen Gremien der Inneren Organisation getätigten politischen Entscheidungen.

4. Die Sozialstruktur der Mitgliedschaft

Günstige Voraussetzungen für eine Organisierung in der Sozialdemokratie bestanden nur unter städtischen industriell-gewerblichen Arbeitern, vorrangig aus protestantischen Gebieten; wobei an dieser Stelle die Einschränkung zu machen ist, daß die 'Organisationsfreudigkeit' mit abnehmender Ortsgröße und zunehmender ländlicher Prägung der Region zurückging. Oder andersherum: Wer kam nicht in Frage? Zuerst einmal - aus vereinsgesetzlichen Gründen - alle Frauen und die Männer unter 21 Jahren. Dann weiterhin diejenigen Arbeiter, die unter besonderen Abhängigkeitsverhältnissen standen. Das waren insbesondere die Landarbeiter, aber auch in staatlichen oder kommunalen Beschäftigungsverhältnissen stehende Arbeiter, z.B. in Eisenbahnwerkstätten. Auch stark religiös gebundene Arbeiter kamen für eine Organisierung in der Sozialdemokratie nicht in Frage. Dieses Faktum betraf die katholischen Gebiete Süd- und Westdeutschlands jedoch wesentlich stärker als die protestantischen Gebiete Nord- und Mitteldeutschlands.

Von der Überzeugung ausgehend, daß allgemeine Entwicklungslinien der Sozialstruktur der SPD existieren müssen, habe ich versucht, die mir zur Verfügung stehenden fragmentarischen Angaben in ein (vorerst noch eine Arbeitshypothese darstellendes) Modell zu

¹⁶ Vgl. Erich Schneider, Die Anfänge der sozialistischen Arbeiterbewegung in der Rheinpfalz 1864-1899. Ein Beitrag zur süddeutschen Parteiengeschichte, Diss. Mainz 1956, S.156ff.

¹⁷ Vgl. Jörg Schadt, Die Sozialdemokratische Partei in Baden. Von den Anfängen bis zur Jahrhundertwende (1868-1900), Hannover 1971, S.126ff.

¹⁸ Für die Struktur der sächsischen Parteiorganisation vgl. Barbara Rosonsky, Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Leipzig vom Sturz des Sozialistengesetzes bis zur Jahrhundertwende, Diss. Karl-Marx-Universität Leipzig 1981, S.40 Anm. 83.

‘gießen’. Nach diesem Modell hat es vor dem Ersten Weltkrieg vier Phasen der personellen Organisationskonstituierung gegeben:

1. In den 60er/70er Jahren des 19. Jahrhunderts wurde die Sozialdemokratie beider Richtungen in erster Linie durch Handwerksgelesen gebildet.
2. Nach dem Auslaufen des Sozialistengesetzes stießen in den 1890er Jahren ziemlich abrupt (da durch die zwölfjährige Pause ein gewisser „Stau“ entstanden war) die ungelerten und ein großer Teil der gelernten Fabrikarbeiter hinzu .
3. Mit einiger Verzögerung dazu organisierten sich zwischen Mitte der 90er Jahre und ca. 1910 auch die hochqualifizierten und hochbezahlten Facharbeiterschichten, die „Arbeiteraristokratie“.
4. Unmittelbar vor und nach dem Ersten Weltkrieg fanden auch Bergarbeiter, Landarbeiter und Staats- und Komunalarbeiter sowie (nach dem Ersten Weltkrieg) in größerem Umfang auch Angestellte Eingang in die Organisation.

Die dargestellten Entwicklungsstufen liefen lokal nicht in gleichen Zeiträumen ab, sondern gingen ineinander über, wurden durch die regionalen und lokalen politischen Verhältnisse und Entwicklungen stark überformt. Wir haben es allerorten mit einer überaus starken „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“ zu tun. So mußte ich beispielsweise in einer früheren Untersuchung feststellen, daß sich die Ortsvereine eines SPD-Unterbezirkes (Anhalt II) 1907/08 auf zwei unterschiedlichen Entwicklungsstufen befanden; die einen hatten einen Anteil ungelerner Arbeiter um 30% aufzuweisen, die anderen noch um 60%. Die ersteren wären also eher der Entwicklungsstufe 3 zuzuordnen, während die anderen eindeutig noch auf der Entwicklungsstufe 2 verharren.¹⁹

Würden wir nach dem „typischen“ Sozialdemokraten des Jahres 1890 suchen, so fänden wir einen 25-35jährigen ortsmobilen protestantischen Maurer, Tischler oder Zimmerer in einer Mittel- oder Großstadt. Durch die Berichterstattung der preußischen Regierungspräsidenten zieht sich durchgängig die Betonung der Rolle der gelernten Bau- und Holzhandwerker, insbesondere der Maurer, aber auch der Zimmerleute und Tischler, für die sozialdemokratische Bewegung. Auch die anderen überproportional in der Mitgliedschaft der sozialdemokratischen Vereine vertretenen Berufe, z.B. die Schuhmacher, hatten ihre Wurzeln im Handwerk. Tatsächlich setzte die Organisierung - wenn auch auf quantitativ höherem Niveau - 1889/90 wieder dort ein, wo sie zwölf Jahre zuvor gestoppt worden war: bei den Handwerker-Arbeitern mit einer bis zu den Unterstützungskassen und Gesellenbruderschaften des 18. Jahrhunderts zurückreichenden Organisationstradition.

Industrielle Arbeiter, insbesondere die der Großindustrie, blieben vorerst weitgehend außerhalb der politischen Organisierung. Und wiederum am stärksten betraf dies - freilich aus unterschiedlichen Gründen - die „Ränder“ der industriellen Arbeiterschaft, die ungelerten

¹⁹ Vgl. Torsten Kupfer, Sozialdemokratie im Freistaat Anhalt (1918-1933), Köln-Weimar 1996, S.173-189.

Arbeiter einerseits und die neuen hochqualifizierten und hochbezahlten Facharbeiterschichten (beispielhaft: die Maschinenbauer in der Metallindustrie) andererseits. An der Vertretung in den sozialdemokratischen Vereinen ist deutlich der Stand des Klassenbildungsprozesses abzulesen. Die ungelerten Arbeiter gehörten noch nicht „dazu“; die handwerklich ausgebildeten Facharbeiter grenzten die ungelerten Arbeiter aus und zwangen sie beispielsweise auf der gewerkschaftlichen Ebene zur Gründung eigener Gewerkschaften (z.B. Bauhilfsarbeiter). Die hochqualifizierten Facharbeiter wiederum grenzten sich selbst vom Rest der Arbeiterschaft aufgrund eines gewissen Elitebewußtseins ab (es wäre interessant, zu erfahren, ob sie sich in jedem Falle selbst als „Arbeiter“ sahen). Dort, wo die Repression oder die Arbeiterzusammenballung übermäßig stark waren, beschleunigte sich der Konstituierungsprozeß zur „Klasse für sich“; die Handwerksberufe traten in ihrem Anteil an der Mitgliedschaft sehr viel früher zurück, die Arbeiter der Großindustrie - hochqualifizierte wie auch ungelerte - wurden eher in die sozialdemokratische Arbeiterbewegung integriert. Der von mir in diesem Projekt untersuchte Zeitraum, die Jahre 1890 bis 1898, fällt im allgemeinen mit der Entwicklungsstufe 2, dem Hereinströmen der ungelerten und eines großen Teils der gelernten Fabrikarbeiter, zusammen.

Im Sozialdemokratischen Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis (siehe Tabelle unten) fiel der Anteil der Maurer unter den dem Verein Beitretenden von 1889 auf 1894/95 von 10% auf 4%.

Die Maurer sind also schon Mitte der 90er Jahre in der Gesamtmitgliedschaft gegenüber ihrem Anteil in der Arbeiterschaft unterrepräsentiert. Die Mitgliedschaft des Vereins wurde mehr und mehr von industriellen Arbeiterschichten bestimmt - ablesbar an der Steigerung des Anteils der ungelerten Arbeiter und des Anteils der Arbeiter des Metallgewerbes. Auch auf der Vertrauensmänner-Ebene ist dieser Umstrukturierungsprozeß in Berlin schon seit 1890 daran auszumachen, daß bei der Neubesetzung von Funktionen Maurer gegen beispielsweise Arbeiter oder Kernmacher ausgetauscht wurden. In Diaspora-Gebieten ist für denselben Prozeß eine Zeitverzögerung von 15 Jahren und mehr zu veranschlagen.²⁰

²⁰ Die Berufe der 1889 in den Berliner Arbeiter-Bildungsverein Eintretenden zeigen eine ähnliche Verteilung wie im 4. Berliner Reichstagswahlkreis. Dieser Verein nahm mit seiner Gründung Anfang 1889 zeitweilig die Funktion eines Parteivereins ein, ging dieser jedoch mit der Gründung des Sozialdemokratischen Wahlvereins für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis bald wieder verlustig; die Mitglieder wanderten dorthin ab und der Verein ging 1891 ein. Die drei größten Mitgliedergruppen dieses Vereins bildeten die Facharbeiter des Bau- und Holzgewerbes (45%), die ungelerten Arbeiter (14%) und die Facharbeiter des Metallgewerbes (11%). Dadurch, daß sich unter den ungelerten Arbeitern auch solche des Bau- und Holzgewerbes verbergen, ergibt sich eine absolute Mehrheit der Angehörigen dieses Gewerbes unter der Mitgliedschaft des Vereins. Quelle: BLHAP, Rep. 30, Berlin C, Nr.14970, Bl.3-5, 34f., 85f., 110. Die Sozialstruktur der Mitglieder der „Corpora“, d.h. der geheimen Organisation in Berlin, unterliegt dem gleichen Trend. Vgl. BLHAP, Rep.30, Berlin C, Nr.13111, passim.

Auch die Berufe der Funktionäre (Vertrauensmänner, Lokalkommission, Revisoren) im Bereich des Sozialdemokratischen Wahlvereins für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg 1890 und 1895 zeigen gegenüber der nachstehenden Tabelle für den IV. Berliner Reichstagswahlkreis eine analoge Verschiebung: die

Sozialdemokratischer Wahlverein für den IV. Berliner Reichstagswahlkreis
(gegr. 13.02.1889 als „Verein zur Erzielung volkstümlicher Wahlen im
Osten Berlins“): Sozialprofil der Mitglieder 1889 und 1894/95

<u>Die am häufigsten vertretenen Berufe</u>	<u>Die dem Verein beitretenen Mitglieder (in %)</u>	
	<u>bis 03.07.1889</u>	<u>im Zeitraum Ende 1894 bis Mitte 1895</u>
Arbeiter	10	18
Tischler	21	17
Restaurateur/Schank/Gastwirt/Budiker	1	5
Maurer	10	4
Schlosser	4	4
(Eisen/Metall/Schrauben)Dreher	3	2
Drechsler	4	2
Gürtler	2	2
Klempner	2	2
Schuhmacher	4	2
Zigarrenmacher/arbeiter	2	2
Zimmerer	2	2
Maler	3	1
Vergolder	3	1

<u>Einzelne Berufsgruppen:</u>		
Bau- und Holzgewerbe	44	32
Metallgewerbe	12	15
Druckgewerbe	4	3
ungelernte Arbeiter	10	18

Ermittelte Mitglieder absolut	431	3.821*

Ausgezählt und berechnet nach: BLHAP, Rep. 30, Berlin C, Nr.15574, 15575/1.		
* Am 01.10.1894 waren der Polizei 3.389 Mitglieder des Vereins gemeldet (mit steigender Tendenz).		

Die 'neuen' (industriellen) Arbeiterschichten gelangten jedoch nicht in gleicher Geschwindigkeit in Führungspositionen, wie ihr Anteil an den Mitgliedern stieg. Nach den nicht ganz vollständigen Aufstellungen der Berliner Politischen Polizei aus dem Jahre 1894 (es gab

Berufsgruppe der im Bau- und Holzgewerbe beschäftigten Facharbeiter fiel in ihrem Anteil von 51% auf 41%, der Anteil der ungelerten Arbeiter stieg von 4% auf 20%, der der Facharbeiter des Metallgewerbes von 8% auf 14%. Berechnet nach: BLHAP, Rep. 30, Berlin C, Nr.13211, Bl.31-34, 274-280.

auch Stellen, an denen sie keinen Spitzel plazierte hatte) belief sich der Anteil der Arbeiter des Bau- und Holzgewerbes sowohl unter den Funktionären der legalen als auch der illegalen Organisation auf rund ein Drittel; also in derselben Größenordnung wie hier für den 4. Wahlkreis vorgestellt. Der Anteil der Arbeiter des Metallgewerbes jedoch - diese verwende ich als Indikator für das Eindringen der 'neuen' Arbeiterschichten - zeigte deutliche Unterschiede. Während er in der legalen Organisation mit einem Achtel der Funktionäre wiederum in der gleichen Größenordnung wie unter den Mitgliedern des 4. Wahlkreises lag, fiel er unter den Funktionären der illegalen Organisation auf ein Sechzehntel, war also nur noch halb so groß. Ungelernte Arbeiter waren unter den Funktionären sowohl der legalen als auch der illegalen Organisation in noch viel höherem Maße unterrepräsentiert als die Metallarbeiter, es gab sie fast überhaupt nicht.²¹

In den Berichten der preußischen Regierungspräsidenten stellt sich das Hereinströmen der „neuen“ Arbeiterschichten in erster Linie als Konflikt auf der Führungsebene dar, ein Zusammenhang mit laufenden oder vorangegangenen Verschiebungen der Mitgliederbasis wurde in der Regel nicht gesehen. Werden die zum 1. Oktober 1895 fälligen Berichte der preußischen Regierungspräsidenten zur Übersicht herangezogen, so sind allein für dieses Datum aktuelle Konflikte in mindestens acht der 35 berichtspflichtigen Regierungsbezirke zu veranschlagen.

So wurde in Danzig der langjährige Vertrauensmann und Reichstagskandidat, ein ehemaliger Lithograph, durch eine innerparteiliche Opposition, angeführt von einem Metallarbeiter, regelrecht hinweggeputscht.²² In Königsberg wurde gleichfalls der Vertrauensmann, ein Tischler, durch einen ehemaligen Schlosser ersetzt. In Cassel gebe es fortdauernde Reibereien zwischen den Führern, die radikale Richtung versuche, die gemäßigte zu verdrängen; die Tischler und die sich stets absondernden Buchdrucker seien aus dem Gewerkschaftskartell ausgeschlossen worden. In Hanau bestehe eine Feindschaft zwischen den Führern der politischen Partei und denen der gewerkschaftlichen Bewegung. In Köln bemühe sich die Sozialdemokratie, in den Gewerkschaften festen und dauernden Fuß zu fassen (was heißt, daß sie bis dato dort überhaupt noch keine Erfolge erzielen konnte). In Wiesbaden existierte eine Gruppe der „Unabhängigen Sozialisten“. In Aachen hat es nach heftigen Auseinandersetzungen einen Führungswechsel im Arbeiterbildungsverein gegeben. In der Stadt Braunschweig (Herzogtum Braunschweig) schwelte ein Konflikt, der im Jahre 1898 zur organisatorischen Trennung in zwei fast gleichstarke Vereine führen sollte, in denen einerseits die Maurer, Tischler, Schneider, Zigarrenmacher und Hilfsarbeiter, andererseits die Former,

²¹ Vgl. BLHAP, Rep. 30, Berlin C, Nr. 13112, Bl. 185ff.

²² Vgl. Ernst Loops, Geschichte der Danziger Arbeiterbewegung, Danzig 1929, S.54ff. Der entsprechende Bericht des Danziger Regierungspräsidenten vermutet als Motivation der Führer der Opposition lediglich „Neid und verletzte Eitelkeit“. Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin, I.HA, Rep. 77, Tit. 437 B, Nr.18, Bd.1, Bl.19.

Schmiede, Schlosser und Klempner dominierten.²³ Insgesamt kann man sagen, daß die - jetzt mehr industriell geprägte - Organisation ihre ehemaligen (handwerklichen) Führer „fraß“: sie schieden sehr oft völlig aus der politischen Bewegung aus oder zogen sich in eigene Diskutierklubs o.ä. Nebenorganisationen zurück.

Zuallererst ist dieser Konflikt auf der Führungsebene nur die Entsprechung des Konfliktes zwischen alten und neuen Arbeiterschichten an der Basis der Bewegung. Er hat seine Ursache in der Arbeitswelt und der gewerkschaftlichen Organisierung. Erst nach und nach öffneten sich Fachvereine und Zentralverbände auch An- und Ungelernten; die meisten Gewerkschaftsverbände waren nach wie vor Berufsverbände, das Industrieverbandsprinzip (für das in dieser Zeit nur Metallarbeiterverband und Holzarbeiterverband stehen) setzte sich nur äußerst zögerlich durch. So bestanden z.B. nebeneinander Verbände der Maurer und der Bauhilfsarbeiter. Auch der Deutsche Metallarbeiterverband 'sammelte' zuerst einmal die geringer qualifizierten Berufsgruppen ein, während z.B. Former, Schmiede und Kupferschmiede sich weiterhin in eigenen Berufsverbänden organisierten. Dazu kommt die Abneigung der qualifizierten Berufsgruppen gegen das Zentralverbandsprinzip. Im Jahre 1892 belief sich die Relation der in Lokalvereinen organisierten Maurer zu den im Zentralverband der Maurer Organisierten etwa auf 3:1.²⁴

Seine wohl schärfste und 'reinste' Ausprägung außerhalb Berlins erreichte der Konflikt zwischen Handwerker-Arbeitern (den 'alten' Schichten) und den Industriearbeitern (den 'neuen' Schichten) im metallindustriell dominierten Solingen und dessem (heute eingemeindeten) vorgelagerten Umland, wo er bis zu sozialdemokratischen Doppelkandidaturen in den Reichstagswahlen der Jahre 1893 und 1898 führte. Unmittelbar mit dem Ende des Sozialistengesetzes begannen dort junge Intellektuelle und junge Fabrikarbeiter, die erst kurze Zeit im Solinger Industriebezirk ansässig waren, die politische Dominanz der unter handwerklichen Bedingungen nach dem Verlagssystem produzierenden Messerschleifer in Frage zu stellen. Diese jüngeren Kräfte waren unter dem Eindruck der erfolgreichen gewerkschaftlichen Kämpfe der späten 80er Jahre und der Aufhebung des Sozialistengesetzes der Meinung, Beteiligte eines direkt auf eine Revolution zulaufenden Prozesses zu sein. Für den Exponenten der Handwerker-Arbeiter, den Reichstagsabgeordneten Schumacher, bedeutete das Ende des Sozialistengesetzes die Möglichkeit zur politischen Konsolidierung der SPD. In beiden konkurrierenden Gruppen dominierten Metallarbeiter, doch von äußerst unterschiedlichem Zuschnitt. Rudolf Boch, der mit seiner Untersuchung über die Solinger Messerschleifer (nicht zuletzt auf der Grundlage einer hervorragenden Quellenüberliefe-

²³ Vgl. Hans-Ulrich Ludewig, Industriearbeiterschaft und Organisation. Die Arbeitergeschichte im Herzogtum Braunschweig 1890-1905, in: Werner Pöls/Klaus Erich Pollmann (Hg.), Moderne braunschweigische Geschichte, Hildesheim etc. 1982, S. 166-174, hier bes. S.169f..

²⁴ Vgl. Rudolf Boch, Handwerker-Sozialisten gegen Fabrikgesellschaft. Lokale Fachvereine, Massengewerkschaft und industrielle Rationalisierung in Solingen 1870 bis 1914, Göttingen 1985, S.25. In absoluten Zahlen: 33.000 : 10.000.

nung) sehr viel zum Verständnis des Konfliktes zwischen Handwerker-Arbeitern und Industrie-Arbeitern beigetragen hat, entwickelt in seiner Arbeit eine Typologie beider Arbeitergruppen:

Typologie 'alter' und 'neuer' Arbeiterschichten Ende des 19. Jahrhunderts, erarbeitet am Beispiel Solingens (nach Rudolf Boch) ²⁵	
'alte' Arbeiterschichten (Handwerker-Arbeiter)	'neue' Arbeiterschichten (Industrie-Arbeiter)
handwerkliche Arbeitssituation (auch innerhalb von Fabrikbetrieben)	fabrikliche Arbeitssituation
überdurchschnittliche Qualifikation: Wissen und Kontrolle über den Produktionsprozeß	Dequalifizierung und „Vermassung“
handwerklich-zünftige Tradition (organisationsstimulierend)	keine weiterreichenden Organisationstraditionen
möglichst große Kontrolle der teilweise noch lokalen Arbeitsmärkte	Angewiesenheit auf einen gesamtnationalen Arbeitsmarkt ohne des- sen Kontrolle
restriktive Regelung des Zugangs zum Beruf (Beschränkung der Lehrlingszahlen über die Gewerkschaft, Nichtaufnahme von Angele- rten in die Berufsorganisation)	keine Regulierungsmöglichkeit über die Zahl der Konkurrenten am Arbeitsmarkt
hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad Bevorzugung lokaler Organisationsformen Bevorzugung plebiszitärer Formen der Mei- nungsbildung (Volksversammlung) „Genossenschaftssozialisten“*	geringer gewerkschaftlicher Organisationsgrad Bevorzugung zentraler Organisationsformen Bevorzugung repräsentativer Formen der Meinungsbildung (Verein) „Staatssozialisten“*
exklusive Berufsgruppen: Zimmerer, Maurer, Weißgerber, Glacéhandschuhmacher, Druk- ker, Lithographen, Schmiede, Former, Kup- ferschmiede, Schiffszimmerer	industrielle Arbeitergruppen allgemein, aber auch Schneider und Schuhmacher (beide besitzen eine handwerkliche Traditi- on, sind jedoch den Prozessen der Zerle- gung in Teilarbeiten, Umwandlung in Heimarbeit und Vermassung in der Fabrik sowie überfüllten Arbeitsmärkten unter- worfen)
* bei Boch nicht in dieser Eindeutigkeit	

²⁵ Boch, Handwerker-Sozialisten, v.a. S.17ff., 150ff.

In Solingen setzten sich innerhalb der 1890er Jahre schließlich die Metall-Industrie-Arbeiter gegenüber den Metall-Handwerker-Arbeitern infolge ihrer zahlenmäßigen Zunahme, ihres größeren politischen Horizontes und der zunehmenden Parteinahme des Berliner Parteivorstandes für sie durch.

Das Bochsche Modell der Entgegensetzung von 'alten' und 'neuen' Arbeiterschichten dürfte in seinen Grundzügen auch für die Beschreibung der Situation auf Reichsebene tauglich sein. Allerdings war die Situation in Solingen in zwei Punkten eher „untypisch“: Die Haltung der Fachvereine auf Reichsebene war im Gegensatz zu Solingen eine durchaus politische und - noch wichtiger - der Kern der 'alten' Arbeiterschichten wurde nicht durch eine hochspezialisierte Gruppe von Handwerker-Arbeitern mit einer nur lokalen Verwertbarkeit ihrer Qualifikation (und demzufolge geringer Mobilität) - wie die Solinger Messerschleifer - gebildet, sondern durch Berufsgruppen mit einer überlokalen Verwertbarkeit der Qualifikation und hoher Mobilität, vor allem Maurer und Zimmerleute.

Maurer und Zimmerleute waren schon in der Zeit des Sozialistengesetzes Aktivposten der Sozialdemokratie. In ihrer gewerkschaftlichen Orientierung waren sie die am stärksten lokalistisch geprägten Berufsgruppen. Im Jahre 1892 sind nur rund ein Viertel der organisierten Maurer im Zentralverband zu finden, rund drei Viertel jedoch in den Lokalvereinen.²⁶

An den Beispielen Berlin und Solingen ist sehr eindrucksvoll nachzuvollziehen, daß die lokalistischen 'alten' Arbeiterschichten noch um 1890 die Basis der Sozialdemokratie in deren Hochburgen darstellten; ihre Modernisierung vollzog sich über das Hereinströmen der 'neuen' (industriellen) Arbeiterschichten. Die Sozialdemokratie entging damit der Gefahr, zu veralten und zu marginalisieren.

Außerhalb der Zentren der Arbeiterbewegung rekrutierten sich die Sozialdemokraten in in vielen Fällen aus den Außenseitern der Gesellschaft, unter der Personengruppe der „Zugezogenen“. Unter den Bedingungen ihrer Ausgrenzung entwickelten diese Zugezogenen - unabhängig davon, ob es sich um Bauhandwerker oder angeworbene Fabrikarbeiter handelte - Ansätze eigener Milieubildung. Die entstehenden Arbeitervereine bezogen ihre Mitglieder (vorerst) aus diesen Schichten. Zwei Beispiele: 1) Die in Steinheim und Marbach (Württemberg) 1889 und 1894 gegründeten, in der Folgezeit eingehenden und teilweise mehrfach wieder neu gegründeten sozialdemokratischen Arbeitervereine rekrutieren ihre Mitgliedschaft aus wandernden Schreinergeresellen aus Sachsen und Thüringen.²⁷ 2) 1890

²⁶ Angesichts der Tatsache, daß der lokalistischen Richtung immer wieder die Ablehnung aller Repräsentativorgane bescheinigt wird, stellt sich die Frage, ob es wirklich die lokalistische Mehrheit der Maurer war, die in so großer Zahl den sozialdemokratischen Vereinen angehörte. Die ansonsten äußerst aufschlußreiche Arbeit von Dirk H. Müller, *Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918. Ein Beitrag zur Geschichte des Lokalismus, des Syndikalismus und der entstehenden Rätebewegung*, Berlin 1985, läßt leider die SPD völlig außer Betracht.

²⁷ Vgl. Klaus Schönberger, *Arbeitersportbewegung in Dorf und Kleinstadt. Zur Arbeiterbewegungskultur im Oberamt Marbach 1900-1933*, Tübingen 1995, S. 32f.

bildete sich in Leer in Ostfriesland ein „Sozialdemokratischer Verein“, dem fast ausschließlich Zugezogene angehörten. Die übrigen Vereine der Stadt grenzten sich streng von ihm ab, auch der sich aus ortsansässigen Gießereiarbeitern zusammensetzende Gesangsverein „Glückauf“. 1895 schließlich wird der Sozialdemokratische Verein als wahrscheinlich wieder eingegangen vermeldet.²⁸

Auch waren in den Diaspora-Gebieten die ‘alten’ Arbeiterschichten noch sehr viel länger Träger der Bewegung. Es waren jedoch nicht unbedingt die Bauhandwerker, die diese Funktion ausfüllten. Anscheinend sind von den Konflikten zwischen ‘alten’ und ‘neuen’ Arbeiterschichten nur die alten Hochburgen der Arbeiterbewegung (Gebiete mit Organisationstradition und einer gewissen ‘Masse’ an Arbeiterbewegung) betroffen gewesen; Beispiele aus der Diaspora sind nicht bekannt (was allerdings auch nicht weiter verwundert, da die Arbeiterbewegung dort in der Regel sozial relativ homogen zusammengesetzt war). Es gibt für einzelne Orte Hinweise darauf, daß sich in Diaspora-Gebieten der Parteaufbau nach 1890 anders vollzog als im Modell am Anfang dargestellt, daß sich also die ungelerten Fabrikarbeiter zuerst organisierten und erst danach die Handwerker und Fabrik-Facharbeiter hinzustießen. Die Arbeiteraristokratie kam in jedem Falle aber zum Schluß. Die Maurer z.B. finden sich in Nord- und Süddeutschland in völlig verschiedenen Funktionen. Waren sie in Norddeutschland hochorganisierte Vorreiter der Bewegung, so waren sie in Süddeutschland eher deren Sorgenkinder (der Grund liegt darin, daß in Norddeutschland der städtische und in Süddeutschland eher der landgebundene Maurer dominierte).²⁹ Und trotzdem: für Preußen gilt diese Vorreiterrolle der Maurer (und auch Zimmerleute) für die Organisation der Arbeiterschaft auf dem ‘platten Lande’ mehrheitlich. Doch worin lag sie begründet? Wir haben es hier allem Anschein nach mit einer spezifischen Mischung verschiedener Faktoren, mit einem Ursachenbündel, zu tun:

1. wirkte die Existenz einer handwerklichen Traditionslinie zwar organisationsstimulierend, doch hatten andere Berufsgruppen diese handwerkliche Traditionslinie auch aufzuweisen.
2. kommt dazu eine relativ hohe Entlohnung - man hatte etwas zu verlieren und somit auch Grund, sich zu organisieren. Das geschah zwar in erster Linie in Fachvereinen, doch für diese Jahre gilt: wo ein Fachverein ist, ist die Partei nicht weit!
3. sorgten die nach wie vor übliche Wanderschaft und die erzwungene hohe Ortsmobilität auch nach den Wanderschaftsjahren für eine größere Weltläufigkeit, einen weiteren Horizont im Vergleich zu anderen Berufsgruppen, insbesondere zu un- und angelernten Fabrikarbeitern.

²⁸ Für 1895 wird gemeldet, daß an Gewerkschaften lediglich Zahlstellen des Holzarbeiterverbandes und des Metallarbeiterverbandes existierten, in beiden seien die Einheimischen in der Minderzahl. Vgl. Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin, I.HA, Rep. 77, Tit. 437 B, Nr.16, Bd.1, Bl. 356ff; Nr.18, Bd.1, Bl. 218ff.

²⁹ Vgl. u.a. die in den Berichten der lokalen Gewerkschaftskartelle im Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands dokumentierten unterschiedlichen Organisationsraten.

4. war die Qualifikation des Maurers überlokal verwertbar; somit war das Risiko eines sozialen Abstiegs geringer als bei anderen qualifizierten Berufsgruppen (freilich um den Preis eines erzwungenen Ortswechsels bei eintretender Repression).
5. war die Berufsgruppe der Maurer relativ zahlreich, so daß sich hier bestimmte Verdichtungen aufgrund identischer Lebenslagen und Alltagserfahrungen von selbst ergaben.
6. war die Arbeitstätigkeit auf den Baustellen nur unter der Voraussetzung ständiger Kommunikation im Arbeitsablauf leistbar; auch existierten unter den Arbeitern einer Baustelle sogenannte „Bauplatzsprecher“ - eine Voraussetzung, die für Fabriken nicht oder in geringerem Umfange (als Ausnahme z.B. bei den Berliner Metallarbeitern) zutrifft.

Unter den Landarbeitern konnte die Sozialdemokratie zwar in Gebieten mit gemischter landwirtschaftlich-industrieller Bevölkerung Anhänger gewinnen³⁰ (wenn auch weniger als sie sich selbst angesichts einer in großem Umfang betriebenen Landagitation erhofft hatte), doch über Mitgliedschaften in sozialdemokratischen Vereinen liegen keine Berichte vor.³¹

Die Forschungsliteratur zur Entwicklung der Sozialdemokratie unmittelbar nach dem Ende des Sozialistengesetzes sieht stark mehrheitlich die Auseinandersetzung mit den „Jungen“ als die größte Auseinandersetzung jener Zeit an. Diese war aber bestenfalls die Spitze des Eisbergs; die eigentlichen Auseinandersetzungen fanden lokal statt. Doch davon ist weder in den Werken Historiographie treibender Parteiführer, wie Eduard Bernstein und Franz Mehring, noch in Erinnerungen etwas zu lesen. Die Frage ist, ob ihnen der Zusammenhang zwischen sozialer Umstrukturierung und innerparteilichen Konflikten nicht bewußt war, sie vielleicht sogar die Verdrängung der ‘alten’ Arbeiterschichten angesichts des bald einsetzenden Mitgliederaufschwungs überhaupt nicht bemerkt haben. Oder war ihnen das alles so selbstverständlich, daß es sich nicht lohnte, darüber auch nur ein Wort zu verlieren?

5. Das Ausmaß der Repression

Erstaunlicherweise gestaltete sich das Ausmaß der staatlichen Repression schon innerhalb Preußens, wo aufgrund gleicher gesetzlicher und administrativer Vorgaben eine gewisse

³⁰ Bericht über den Kreis Weimar im Großherzogtum Sachsen-Weimar: „Die Socialdemokratie fängt an, sich auch unter den landwirtschaftlichen Arbeitern auszubreiten. Begünstigt wird das durch die Fabrikarbeiter oder Bauhandwerker u. s. w., welche auf dem Lande wohnen. Dieselben gehen den Tag über in die Stadt nach Arbeit und nehmen hier das Gift der Socialdemokratie auf. Am Abend suchen sie es dann auf der Bierbank oder bei sonstiger passender Gelegenheit, besonders auch unter den landwirtschaftlichen Arbeitern weiter zu verbreiten. Wenn auch nicht gesagt werden kann, daß hiermit im allgemeinen bedeutende Erfolge erzielt werden, so wird doch bereits hier und dort der eine oder andere gewonnen, und unzweifelhaft liegt eine große Gefahr in dieser Thatsache. In rein ländlichen Gemeinden, wo die eben erwähnte Mischung von landwirtschaftlichen und Industriearbeitern nicht vorkommt, merkt man von der Socialdemokratie bis heute noch wenig oder gar nichts.“ Die Verhältnisse der Landarbeiter in Deutschland, 3 Bde., Leipzig 1892 (= Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 53-55), Bd.2, S.83. Ähnliches wird in den Berichten der preußischen Regierungspräsidenten u.a. auch für die ländlichen Gebiete in der Berliner Umgebung berichtet.

³¹ In Baden sind vereinzelt in der ersten Hälfte der 90er Jahre auch Bauern Mitglied in der Partei gewesen. Vgl. Schadt, Die Sozialdemokratische Partei in Baden, S.150.

Nivellierung zu erwarten gewesen wäre, sehr unterschiedlich. Im allgemeinen gilt, daß mit zunehmender wirtschaftlicher Entwicklung des Territoriums und damit auch zunehmender Stärke der Sozialdemokratie die Repression ihr gegenüber sich verringerte. Doch wird diese Regel überformt vom jeweiligen lokalen politischen Klima, von der Aktivität einzelner Beamter und der aktuellen Konfliktlage.

Der Eingriff des Staates beschränkte sich im wesentlichen auf die Nichtgenehmigung und die Auflösung von Versammlungen, die extensive Verfolgung der Redakteure der Parteizeitungen mittels Verfahren wegen Beleidigung, Majestätsbeleidigung etc. sowie die Ausforschung der Sozialdemokratie mittels eines umfangreichen Spitzelsystems.³² Das Verbot von Vereinen blieb die - wenn auch nicht so seltene - Ausnahme.³³ Diese Maßnahmen waren zwar störend, doch konnten sie die Organisation niemals ernsthaft gefährden.³⁴ Besonders in den Zentren der Bewegung wurde die behördliche Versammlungsüberwachung oftmals nur noch pro forma gehandhabt. So berichtete ein evangelischer Theologe, der sich 1890 incognito unter Arbeitern in Chemnitz (Sachsen) aufhielt, folgendes: „Jede der Sitzungen [des Sozialdemokratischen Wahlvereins] wurde abwechselnd durch einen königlichen Gendarmen oder den Gemeindediener des Ortes von einer bescheidenen Ecke des Zimmers aus überwacht. Doch rührten diese sich nie, und übrigens schien ihr persönliches Verhältnis zu den Arbeitern und das dieser zu ihnen nicht allzu feindlich zu sein. Man wünschte sich wenigstens fast immer gegenseitig einen guten Abend; auch sah ich denselben Ortsdiener manchmal an anderen Abenden der Woche in einer gemütlichen Kneipe, die viel von uns Arbeitern besucht wurde, mit uns gemeinsam am runden Tische in Uniform sein Glas Bier trinken.“³⁵

³² Dadurch waren in Berlin der Polizei die Mehrzahl der in der Inneren Organisation tätigen Sozialdemokraten namentlich bekannt.

³³ Verfolgungsbilanz in der Stadt Leipzig im Jahre 1895: 954 Versammlungen polizeilich überwacht, 17 verboten, 13 aufgelöst; insgesamt für Leipziger Sozialdemokraten drei Jahre und drei Wochen Gefängnis und 1028 Mark Geldstrafe; im Februar Auflösung der Holz- und Metallarbeitergewerkschaft durch das Leipziger Polizeiamt. Vgl. Rosonsky, Entwicklung, S.40, 78. Wortlaut der Verbotsverfügung gegen die Vertrauensleute des Deutschen Metallarbeiterverbandes in: Correspondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands 5 (1895), Nr.10, S.37f.

Die schon erwähnte Auflösung aller sozialdemokratischen Wahlvereine in Berlin 1895 (was kurioserweise auch das Verbot der geheimen Inneren Organisation einschloß) ist eher als „Verzweiflungstat“ der Polizeibehörden zu werten.

³⁴ Wobei es das natürlich auch gegeben hat. So löste sich im August 1895 der im Juni 1891 gegründete Allgemeine Arbeiterverein für Magdeburg und Umgegend aufgrund des übermächtigen Drucks selbst auf. Schon seine seit April 1890 gegründeten fünf Vorgänger waren im Mai 1891 verboten worden. Seit 1895 gab es in Magdeburg mehrere Jahre lang keinen politischen Arbeiterverein, die (legale) sozialdemokratische Arbeiterbewegung bestand aus der „Volksstimme“ und der unmittelbar nach Auflösung des Allgemeinen Arbeitervereins gegründeten Agitationskommission der Gewerkschaften. Vgl. Ingrun Drechsler, Die Magdeburger Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, Diss. Magdeburg 1992, S.21, 41-49.

³⁵ Paul Göhre, Drei Monate Fabrikarbeiter und Handwerksbursche, Leipzig 1891, hier zitiert nach: Georg Eckert, Aus den Lebensberichten deutscher Fabrikarbeiter, Braunschweig 1963, S.23f.

Wirkungsvoller als die staatlichen Repressivorgane wirkten jedoch zwei andere Personengruppen, die (bürgerlichen) Gastwirte und die katholischen Geistlichen. Die Gastwirte hatten die Möglichkeit, über die Verweigerung der Säle den sozialdemokratischen Versammlungsbetrieb generell unmöglich zu machen - wozu sie von Staats wegen auch des öfteren angehalten wurden, verbunden mit der Drohung, daß anderenfalls keine Militärpersonen und Kriegervereine mehr bei ihnen verkehren dürften. Die Inkubationszeit jeder lokalen Arbeiterbewegung kennt die (oft verzweifelte) Suche nach einem nutzbaren und geeigneten Lokal und die (Gegen)Boycottbewegung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft gegen den von den Wirten (und auch von saalbesitzenden Brauereien) ausgehenden Boykott. Die katholische Geistlichkeit schaffte es - mehr noch als die evangelische -, ihr Milieu gegen die Sozialdemokratie zu immunisieren - nicht zuletzt über die Installierung einer Gegen-Arbeiterbewegung in Form der katholischen Gesellen-, Knappen- und Arbeitervereine.

Repression durch die Arbeitgeber war zwar an der Tagesordnung, doch scheint sie in geringerem Maße aufgetreten zu sein als gemeinhin anzunehmen wäre. Entlassungen von aktiven Sozialdemokraten und (mehr noch) von Gewerkschaftern hat es in beträchtlichem Umfange gegeben, doch dürfte dieses Verhalten nicht dominant gewesen sein. Nach den Berichten der preußischen Regierungspräsidenten ist begründet anzunehmen, daß die Mehrzahl der Unternehmer Sozialdemokraten tolerierte - insofern sie die Politik nicht in den Betrieb trugen. Vielmehr war im Arbeitgeberlager in diesen Jahren eine deutliche Strömung zur Förderung betrieblicher Sozialmaßnahmen existent. Regional bestimmend wurde sie jedoch nur außerhalb Preußens in Form des Vereins der Anhaltischen Arbeitgeber (Dessau-Anhalt) und des Vereins der Arbeitgeber des Amtsbezirks Mittweida (Sachsen). Alle anderen sozialen Aktivitäten aus dem Arbeitgeberlager erscheinen unkoordiniert und dem jeweiligen sozialen Sinn oder auch dem patriarchalischen Behauptungswillen des Besitzers oder der Geschäftsleitung geschuldet.